

Wöchentlich 76 Blätter, monatlich 2 Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 0,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Stadtblätter“, „Frauenstimme“, „Der Rinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Arbeiterwelt“, „Kulturarbeit“ und „Technik“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag  
18. November 1927

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Sonntagsbeilage 80 Blätter, Reichsmark 5.— Reichsmark „Kleine Anzeigen“ das letzte Blatt des Monats (in 10 Blättern) (jedoch weitere Blatt 12 Blätter, Stellungnahme das erste Blatt 13 Blätter, jedes weitere Blatt 10 Blätter, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Blätter, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Blätter Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

## Betrogene Kleinrentner.

Aus der deutschnationalen Praxis.

Von Wilhelm Reil.

Das parlamentarische Regierungssystem wäre längst erledigt, wenn sich alle Parteien die Methoden der Deutschnationalen zu eigen machen würden. Zügellose Kritik, unwahrscheinliche Versprechungen, unverantwortliche Anträge in der Opposition, selbes Ausweichen und völliges Versagen in der Regierung — das sind die hervorstechendsten Kennzeichen der deutschnationalen Politik. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns eine Fülle von Belegen hierfür gebracht. Das Verhalten der Deutschnationalen gegenüber den Kleinrentnern ist ein neues schlagendes Beispiel. Als Oppositionspartei hatten die Deutschnationalen den Gläubigern und Sparern im Jahre 1924 hundertprozentige Aufwertung versprochen. Als Regierungspartei beschlossen sie 1925 die Enteignung der Gläubiger und Sparer. Schärfste Erbitterung der Gläubiger und Sparer war die Folge. Im Jahre 1926 waren die Deutschnationalen wieder Oppositionspartei. Nun suchten sie die Gunst der schwer enttäuschten, verarmten Mittelschichten durch einen neuen agitatorischen Trick zurückzugewinnen. Sie stellten den Kleinrentnern eine reichsgesetzliche Versorgung in Aussicht. Wie ernst sie es damit meinten, ergab sich sofort, nachdem sie im Januar 1927 wieder Regierungspartei geworden waren.

Un der Hand einiger, den Reichstagsakten entnommenen Tatsachen soll hier kurz gezeigt werden, in welcher frivolen Weise die Deutschnationalen mit ihren Versorgungsanträgen die Kleinrentner an der Nase herumführen.

1. Am 11. Juni 1926 beantragten die Deutschnationalen im Reichstag, die Reichsregierung aufzufordern, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher unter Aufhebung der Fürsorgeverordnung und entsprechender Änderung des Finanzausgleichsgesetzes den durch die Inflation um ihr Vermögen gedachten Rentnern eine angemessene Versorgung reichsgesetzlich gewährleistet. Einen Versuch, diesen Antrag zur Beratung und Annahme zu bringen, machten sie nicht.

2. Am 27. November 1926 brachten die Deutschnationalen durch Initiationsantrag einen eigenen Gesetzentwurf ein, der im § 1 bestimmt: „Die Kleinrentner haben, unbeschadet der grundsätzlichen Fortgewährung der zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes von den Fürsorgeverbänden gewährten Leistungen, Anspruch auf Gewährung einer Mindestrente.“ Der Schlussparagraph lautet: „Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.“ Bis dahin befanden sich die Deutschnationalen in der Opposition.

3. Nachdem die Deutschnationalen anfangs 1927 wieder Regierungspartei geworden waren, dachten sie nicht mehr an ihren Gesetzentwurf, der nach den Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums 300 bis 400 Millionen Mark Jahresaufwand erfordert, sondern beantragten, zur Beteiligung des Reiches an der Kleinrentnerfürsorge 25 Millionen zur Verfügung zu stellen. Die Ausschüttung dieses Betrages (der etwa ein Sechstel der erweckten Hoffnungen zu erfüllen geeignet war) an die Kleinrentner ist heute noch nicht abgeschlossen, weil die Fürsorgeverbände die Verpflichtungen ablehnten, die ihnen die Bürgerblockmehrheit aufzuerlegen versuchte.

4. Am 4. April 1927 beschloß der Bürgerblock unter Führung der Deutschnationalen, die Reichsregierung zu ersuchen, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob durch ein besonderes Gesetz die Versorgung der Kleinrentner geregelt werden kann. Dabei hatten die Deutschnationalen fünf Monate vorher ihren Gesetzentwurf schon eingebracht!

5. Am 28. Juni 1927 beantragte die Sozialdemokratie im Reichstag, von der Reichsregierung einen Gesetzentwurf zu verlangen, durch den eine einmalige Abgabe von den großen Inflationsgewinnen vorgeschrieben wird, deren Ertrag zur Versorgung der Kleinrentner auf Grund eines reichsgesetzlichen Rechtsanspruchs verwendet werden sollte. Die Deutschnationalen suchten diesem in der Richtung ihres eigenen Gesetzentwurfes liegenden Antrag durch Verweisung an den Steuerauschuß ein Begräbnis zu bereiten. Da aber die Sozialdemokraten sich gegen die Verschleppung ihres Antrages wehrten, fanden die Deutschnationalen am 5. Juli 1927 im Steuerauschuß den Ausweg, von der Regierung eine Denkschrift über die Frage zu verlangen.

6. Am 21. Juli 1927 brachten die Demokraten einen Rentnerverfassungsentwurf ein. Am 18. Oktober lehnte die Mehrheit des Reichstags unter Führung der Deutschnationalen die Verweisung dieses Entwurfes an den Sozialen Ausschuß ab und erst nach Zwischenverhandlungen unter den Fraktionen gestatteten die Deutschnationalen am 21. Oktober die Verweisung an den Ausschuß.

7. In den Versammlungen des Rentnerbundes und in deutschnationalen Agitationsversammlungen brüsteten

sich die deutschnationalen Führer (so Graf Westarp am 15. Oktober in Stuttgart) mit ihrem Antrag auf Schaffung eines Rentnerverfassungsgesetzes, den sie im Reichstag in der Verjüngung hatten verschwinden lassen!

8. Am 15. November widersprachen die Deutschnationalen im Sozialen Ausschuß des Reichstags der sofortigen Beratung ihres eigenen und des demokratischen Antrags mit der Begründung, daß man sich erst auf Grund der zu erwartenden Regierungsdienstschrift ein Bild von den finanziellen Wirkungen machen müsse. Sie waren sich also bei Einbringung ihres Antrages der finanziellen Wirkungen nicht bewußt gewesen! Es bedurfte des ent-

schiedensten Eingreifens der Sozialdemokratie, um durchzusetzen, daß die Anträge am 22. November endlich im Ausschuß zur Beratung kommen.

Ist das möglich? So wird nicht nur der Kleinrentner, der von diesen Tatsachen Kenntnis nimmt, sondern jeder anständige Mensch erstaunt fragen. Möglich ist das, wie die Tatsachen zeigen. Aber es ist nur möglich bei der Deutschen Nationalen Volkspartei, die in ihrem skrupellosen agitatorischen Nachstreben keinerlei Hemmungen kennt und sich darauf verläßt, daß die verarmten Volksschichten durch die bürgerliche Presse nichts davon erfahren, wie sehr mit ihnen Schindluder getrieben wird.

## Der Kinderbrei wird verteuert!

### Erhöhung des Maiszolls vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstagmorgen, in der Minister v. Reudell den Vorsitz führte, den Gesetzentwurf über den Handels- und Schiffsahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Jugoslawien.

Dem Gesetzentwurf ist ein Artikel III angehängt, worin die Regierung die Erhöhung des autonomen deutschen Maiszolls von 3,20 auf 5 Mark vorgeschlagen hatte. Die Ausschüsse des Reichsrats hatten beschlossen, diesen Artikel abzulehnen. Als Begründung für die Ablehnung wurde angeführt, daß die beabsichtigte Förderung des deutschen Kartoffelbaues durch eine solche Zoll-erhöhung für Mais nicht zu erreichen wäre, da eine Verdrängung der Kartoffelerzeugnisse durch Mais nicht zu befürchten sei und bei den höheren Getreidepreisen der Kartoffelbau ein Zoll von mindestens 8,60 Mark nötig sein würde. Auch im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftspolitische Einstellung Deutschlands, besonders auf dem internationalen Wirtschaftskongreß, sei die Zoll-erhöhung für Mais abzulehnen.

In der Volksversammlung beantragte Ministerialdirektor Ritter namens der Reichsregierung die Wiederherstellung des Artikels III mit der Erhöhung des Maiszolls.

Auf Antrag des preussischen Staatssekretärs Dr. Weismann fand über den Antrag der Reichsregierung namentliche Abstimmung statt. Das Ergebnis war, daß die Regierungsvorlage mit 35 gegen 32 Stimmen wiederhergestellt wurde.

Gegen die Erhöhung des Maiszolls stimmten das preussische Staatsministerium, die Vertreter von Berlin, der Grenzmark Posen-Westpreußen, der Provinz Niederschlesien, der Provinz Sachsen, der Provinz Hannover, der Provinz Hessen-Rheinland, der Rheinprovinz, ferner die Staaten Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Lübeck, Waldeck, Schaumburg-Lippe. Für die Erhöhung des Maiszolls stimmten die Vertreter der preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Oberschlesien, Westfalen und die Staaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Lippe, Mecklenburg-Strelitz. Der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein enthielt sich der Stimme.

### Grafen, Freiherren, Herrschaftsbesitzer . . .

Die Vertreter der preussischen Provinzen, die für den Schieferzoll gestimmt haben, sind:

Ostpreußen: Direktor der Ostpreussischen Landgesellschaft, Freiherr von Gagl.

Brandenburg: Dr. von Dallwitz, Rittergutsbesitzer.

Pommern: Graf Behr, Gutsbesitzer.

Niederschlesien: Freiherr von Tschammer und Quirin, Staatssekretär a. D.

Oberschlesien: Graf Prachma, Herrschaftsbesitzer.

Westfalen: Dr. Lenzing, Buchdruckereibesitzer.

Die Interessentenpolitik hat gestiegt. Der Maiszoll soll erhöht werden und der Kinderbrei verteuert werden — zur höheren Ehre einer ganz kleinen Gruppe von Interessenten, zu denen der Reichs Ernährungsminister Schiele gehört.

Das Abstimmungsergebnis im Reichsrat ist nur dadurch zustande gekommen, daß fünf agrarische Vertreter aus preussischen Provinzen wieder einmal gegen das preussische Staatsministerium gestimmt haben. Der Zustand, daß Interessentenvertreter aus Provinzen im Reichsrat eine einheitliche Stimmenabgabe Preußens verhindern, wird allmählich zur Dauereinrichtung. Es wird Zeit, daß durch Gesetz für einheitliche Stimmenführung Preußens im Reichsrat gesorgt wird.

Nicht minder skandalös ist die Abstimmung Sachsen. Ausgerechnet die Regierung eines durch und durch industriellen Landes mit durchaus proletarischer Bevölkerung stimmt für die Erhöhung einer Zollposition auf Lebensmittel zugunsten einer agrarischen Interessentengruppe!

Herr Schiele hat jedoch dieses Zollgeschäft noch nicht unter Dach und Fach! Er wird den famosen Artikel 3 im Reichstag persönlich verteidigen und Rede und Antwort stehen müssen über seine persönliche Interessiertheit in dieser Frage!

## Ein Kampf um das nackte Leben.

### Bei den ausgesperrten Zigarrenarbeitern im Eichsfeld.

F. F. Nordhausen, 17. November.

Das Eichsfeld gehört zu den schlimmsten Elendsgebieten der Zigarrenarbeiter. Von ein paar kleinen Städtchen abgesehen, suchen sich die Fabrikanten billige Arbeitskräfte auf den katholischen Dörfern des landwirtschaftlich recht dürftigen Gebietes. Wenn man von Nordhausen her über Heiligenstadt nach dem Eichsfeld vordringt, geht's immer an magerem Ackerland vorbei durch ärmliche Dörfer.

Wir fahren mit dem Auto von Dorf zu Dorf, von Zigarrenfabrik zu Zigarrenfabrik, steigen da und dort aus, in Geisleden, Kreuzberg, Lengenfeld, unterm Stein, Gelsmar, Ershausen und enden unsere Fahrt im Zentrum der Eichsfelder Zigarrenindustrie, im alten Städtchen Heiligenstadt. Elf Stunden waren wir unterwegs, ohne Unterbrechung. Wir brauchen bald nicht mehr zu fragen, wo die Zigarrenarbeiter wohnen. Nach ein paar Stunden war es uns zur Gewohnheit geworden:

wo die elendesten Hütten stehen,

wohnen die Zigarrenarbeiter. Zwölftausend gibt's im Eichsfeld und ihre teilweise menschenunwürdigen Behausungen, ihr eisernes Hungerelend erinnert lebhaft an das Elend der schlesischen Weber in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Wie hier Menschen vegetieren, Menschen mit Fleisch und Blut, mit Herz und Verstand, das ist so erschreckend traurig, daß die Empörung aller anständigen Menschen sich gegen diejenigen

richten muß, die es mit ihrem Gewissen zu vereinbaren verstanden, an der Schwelle des Winters die grauenvolle Not der Zigarrenarbeiter noch ins Unerträgliche zu steigern, indem sie sie auf die Straße warfen.

Der wöchentliche Durchschnittslohn schwankt in den einzelnen Dörfern zwischen 13 und 15,50 Mark.

In Heiligenstadt steigt er auf 16,50 Mark an. Es gibt aber viele Löhne, die weit unter Durchschnitt liegen. Die meisten Zigarrenarbeiter verdienen so wenig, daß sie von der Steuer befreit sind. Wenn man aus einer Wohnung herauskommt, in der man schlimmes Elend sah, kommt der Gedanke: Dies war das Schlimmste. In den anderen Wohnungen wird's besser sein. Aber es ist nicht besser. Immer grauenvoller steigern sich die Elendsbilder.

Wir kommen zu einer christlich organisierten Familie. Eine elende Behausung ist ihre Wohnung. Rein „Wohnung“ ist eine Übertreibung. Aber wie soll man diese Hütte nennen? In der engen, rauchgeschwärmten Küche sitzen

zehn Personen wie die Heringe zusammengepfercht.

Es ist der einzige gehebelte Raum in der Hütte. Hinten in der Ecke ein hagerer Mann, Schwarzhaarig, mit hohlen Wangen und vorsiehenden Backenknochen. Die Augen liegen tief in den Höhlen. Schwer lungenkrank. Zigarrenarbeiterschild. Der Mann ist arbeitsunfähig. Seine neun Kinder — 7 bis



## Das „korrigierte“ Protokoll.

Eine Musterleistung.

Wir haben vor einigen Tagen aus dem Organ des Reichslandbundes ein Protokoll von der Führertagung des Reichslandbundes zitiert, in welchem der Oberregierungsrat Dr. Adametz eine scharfe Beurteilung des parlamentarischen Systems in den Mund gelegt wurde. Gegenüber der Forderung des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Everling „Weg mit dem Parlamentarismus!“ habe Oberregierungsrat Adametz erklärt:

„Wirft man uns vor, daß wir den Parlamentarismus nicht erwähnt hätten, so habe ich ausdrücklich das geltende System als verfehlt bezeichnet. Damit meinte ich den Parlamentarismus, den ich auch ausdrücklich nannte. Im übrigen lautete mein Thema: Untersuchung der verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten im Rahmen der Weimarer Verfassung.“

So der Reichslandbund. Oberregierungsrat Dr. Adametz hat jetzt in einer Zuschrift an uns den Sachverhalt klar gestellt. Dr. Adametz schreibt: Nach dem Stenogramm habe ich in der Diskussion folgendes wörtlich ausgeführt:

„Mir ist vorgeworfen worden, daß ich den Parlamentarismus nicht erwähnt habe. Auch Ihnen, Herr Abgeordneter Everling, dürfte es wohl bekannt sein, daß, wenn Sie den Parlamentarismus abhassen wollen, dazu eine Änderung der Weimarer Verfassung erforderlich wäre. Wie Sie aus dem vorliegenden Programm ersehen, hatte ich aber den Auftrag, lediglich die Möglichkeiten einer Verwaltungsreform im Rahmen der bestehenden Verfassung zu untersuchen. Ich hatte also keinerlei Veranlassung, auf den Parlamentarismus näher einzugehen. Daß ich im übrigen das System, das sich bei uns in Deutschland leider herausgebildet hat, daß die Parlamentarier, und zwar aller Parteien, dauernd in den Gang der Verwaltung eingreifen, für verfehlt halte, und daß dadurch so viel unnütze Arbeit in den Ministerien geleistet werden muß, die nicht in die Ministerien gehört, glaube ich in meinem Vortrage zur Genüge hervorgehoben zu haben.“

Oberregierungsrat Dr. Adametz schließt mit der Bemerkung, daß er diese Ausführungen in vollem Umfange aufrechterhalte.

Es ist überflüssig, die Berechtigung der von Oberregierungsrat Dr. Adametz geäußerten Ansicht zu prüfen. Diese Ansicht ist eine Privatmeinung, die, im Gegensatz zu dem Sitzat des Reichslandbundesorgans, die Verfassung nicht angreift.

Das Protokoll des Reichslandbundes ist aber in einer Weise „korrigiert“ worden, daß dem Vortragenden ungefähr das Gegenteil dessen in den Mund gelegt wird, was er gesagt hat. Eine Musterleistung!

## Wahlergebnis nach Geschlechtern.

Interessante Feststellungen in Mainz.

Die Wahlen zum Hessischen Landtag fanden in Mainz getrennt nach Geschlechtern statt. Das Ergebnis war folgendes:

	Männlich	Weiblich
Zentrum	3902	7499
Volksrechtspartei (Aufmerksamkeit)	1188	1369
Sozialdemokratie	8661	6821
Demokraten	3127	2319
Kommunisten	1878	999
Landbund	288	133
Deutschnationalen	688	777
Deutsche Volkspartei	1707	1371

Auffallend ist die verhältnismäßig hohe Zahl an weiblichen Stimmen für das Zentrum. In erster Linie dürfte das auf den Einfluss der Kirche zurückzuführen sein. Die Männer wenden sich von ihr, wie vor allem auch die männlichen Zentrumstimmen in der evangelischen Stadt Mainz zeigen, mehr und mehr ab. Im übrigen zeigt auch die Mainzer Statistik, daß sich das Frauenstimmrecht mehr zugunsten der Rechts- und Mittelparteien als der Linksparteien auswirkt. So haben die heftigsten Feinde des Frauenstimmrechts von ihm den größten Nutzen.

## Der Kampf um das Wohnrecht.

Die Bürgerblockmehrheit will von dauernder Sicherheit nichts wissen.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag der Abschnitt des Mietergesetzes beraten, der die Bewilligung von Mietverhältnissen durch Kündigung oder Festschluß behandelt. Im Laufe der Aussprache verwahrte sich Abg. Silbermann (Soz.) gegen den Vorwurf, als ob die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder Obstruktion trieben; sie wollten lediglich objektiv die Gründe der Regierung für die Vorlage prüfen und jene Gründe, die den Reichsrat zur Ablehnung veranlassen könnten. Die Mieter können schon jetzt unter dem Terror des Vermieters, namentlich die Mieter von Geschäftsräumen, die nicht nur um 10 oder 20 Prozent, sondern vielfach um Hunderte von Prozenten gesteigert wurden. Diese Praxis habe die mittleren Erzeugnisse vielfach ruiniert und deshalb stünden zum Beispiel in Berlin 2000 Läden leer. Derartige Auswüchse sprächen dafür, daß man in absehbarer Zeit, etwa in zwei Jahren, zu einem neuen Miet- und Wohnrecht kommen müsse, das den neuen Verhältnissen Rechnung trägt und scharf unterscheidet zwischen Eigentumsrecht an beweglichen und unbeweglichen Sachen. Den weiteren Ausbau und die weitere Lockerung des Mietergesetzes müsse jeder ablehnen, der es mit der Zukunft unseres Volkes ernst nehme.

Der Deutschnational Dr. Steinsger vertritt den Standpunkt, daß für eine neue Wohnrechtsgesetzgebung die Zeit noch nicht gekommen sei.

Abg. Lipinski (Soz.) möchte den Vorschlag, auf die Beratung der mangelhaft begründeten Vorlage der Regierung zu verzichten und die Regierung aufzufordern, eine Vorlage über ein neues, angemessenes Miet- und Wohnrecht zu schaffen. Für dessen Ausarbeitung könnten die jetzigen Anregungen und Anträge verwertet werden.

Dieser Antrag Lipinski verfiel jedoch der Ablehnung.

Die Neuwahl des Saar-Landesrats ist auf den 28. März 1928 festgesetzt. Zum erstenmal können auch im Saargebiet nicht geborene, aber 6 Jahre hindurch anfassige Einwohner ein Mandat erhalten. Von den 30 Abgeordneten sind jetzt Zentrum 4, Sozialdemokraten 7, Deutsch-Saarländische Volkspartei 4, Kommunisten 4 und Hausbesitzer 1.

Die verschleppten Franzosen befreit. Sämtliche von den Marokkanern entführten sechs Personen sind bei den französischen Posten eingetroffen. Ueber die Höhe des Lösegeldes ist noch nichts bekannt.

## Trozkij und Sinowjew.



„Hätten wir sie damals nicht ermordet, — wir trügen heute keine Ketten!“

## Die Meute der Apparatschiki.

Systematischer Kampf gegen die Opposition.

Moskau, 17. November.

In einer Parteiversammlung sagte der Moskauer Parteisekretär Uglanof, der verschärft den Kampf zwischen Parteileitung und Opposition habe alle „Kleinbürgerlichen und sowjetfeindlichen Elemente“ mobil gemacht. Heute könne man schon in Theatern, in der Straßenbahn usw. „entsprechende Unterhaltungen“ hören. Dieser Stimmung müsse schnell entgegen gearbeitet werden, bevor es zu einem höheren Wellenschlag komme. Es müsse energisch an das Dasein der Diktatur „des Proletariats“ erinnert werden. Dann empfiehlt Uglanof eine milde Behandlung derjenigen Oppositionellen, die von den Führern irreführt, in Folge ihrer politischen Unreife in die Opposition geraten wären. Nur die „Unentwegenen“ müßten den eisernen Besen der Parteileitung zu spüren bekommen, wofür die Ausschließungen aus der Partei seien oder nicht wünschenswert.

Aus Tiflis wird gemeldet, daß auf dem 3. Kongreß der kommunistischen Partei Georgiens der älteste Bolschewik der Republik, Sataja, in seiner Eröffnungsrede „die Auslieferung des einzigen kleinen Kindes auf dem Schilde der Partei“, d. h. die Niederwerfung der Opposition in Georgien, forderte. Er wies zugleich darauf hin, daß auf dem vorigen Parteikongreß noch einige Vertreter der Opposition aufgetreten wären, an dem jetzigen aber nehme nicht ein einziger Oppositioneller teil.

Die Charkower Sowjetblätter bringen alarmierende Artikel und Berichte, in denen es heißt, zum erstenmal seit Beendigung des Bürgerkrieges hätten sich „reaktionäre, anarchische und sozialdemokratische Elemente“ wieder zusammengerottet, um die parteilosen Arbeitermassen gegen die kommunistische Partei aufzuheben. Es werde für die Forderung agitiert, daß die Diskussion über Fragen, welche die Partei gegenwärtig beschäftigen, auch in allgemeinen Arbeiterversammlungen (d. h. also außerhalb der Partei) zugelassen werden soll; es werde ferner die falsche Nachricht verbreitet, als hätte die Besetzung der großen Charkower Elektromechanischen Fabrik beschlossen, den der Opposition angehörenden früheren Sowjetratspräsidenten in Paris, Katschinski, zu bitten, einen Vortrag über die gegenwärtige Lage in der Partei zu halten. Die normale Arbeit in den Fabriken werde von sowjetfeindlichen Elementen in jeder Weise gestört, die „ihre Wuchschancen mit der Firma der Parteioptionen zu bedenken versuchen“. Den agitatorischen und den Oppositionellen, die vor einer offenen Aufhebung der parteilosen Arbeiter nicht mehr zurückschrecken, droht die Charkower Regierungspreffe mit der „eisernen Faust der proletarischen Diktatur“. — Vor seiner Rückkehr nach Moskau hatte Katschinski eine große Propagandareise durch die Ukraine unternommen. Seine Versuche, in Parteiverfammlungen für die Opposition zu wirken, sind nach Berichten der Sowjetpresse überall gescheitert.

## Kuomintang und Kommunismus.

Die Befehung der Stadt Hankau, die das Hauptquartier des südchinesischen Kommunismus sein sollte, durch Konfliktgruppen mußte als entscheidende Niederlage der Gangratzen aufgefaßt werden. Indessen scheinen sie darauf in Kanton losgeschlagen zu haben. Aus Schanghai meldet nämlich der englische Draht unter Berufung auf eine nicht näher bezeichnete chinesische Quelle, daß am Mittwochabend in Kanton die Arbeiterpartei unter der Führung Guangfaifuis erlucht habe, sich der Stadt zu bemächtigen.

## Staatstheater.

„Der Kaufmann von Venedig.“

Jürgen Festings Shakespeare-Inszenierung im Staatstheater, wertwürdig matt und stimmungsarm im ersten Teil, mit Kortner als Shylock und der Borgner als Portio, regte gefestigt das erwartungsgepannte Publikum weniger an als auf. Es bildeten sich regelrechte Parteien, eine für Kortner, eine andere für die Borgner. Der überaus dauerhafte Jubel am Schluß war mehr demonstrativ als begeistert. Dgr.

Der Feuerkampf zwischen den Parteien dauerte die ganze Nacht und gewann immer mehr an Heftigkeit. Der Belagerungszustand wurde erklärt und die Tore des europäischen Viertels geschlossen. Die Arbeiterpartei sollen das Telegraphenamt besetzt haben.

Die Kuomintangpartei bezeichnet sich nicht als Arbeiterpartei; wenn eine „Arbeiterpartei“ gegen die Kuomintangherrschaft aufsteht, werden das wohl Kommunisten sein.

Zugleich mit diesen Vorgängen ist in Kanton die Leitung der Kuomintangpartei zusammengetreten, um das Verhältnis zum Kommunismus zu behandeln. Der Vorsitzende der Kantonregierung Wang erklärte in der Eröffnungsrede, die Kantonregierung werde den bewaffneten Kampf mit dem Kommunismus aufnehmen und in friedliche Beziehungen zu den Großmächten treten. Ihr Bestreben gehe dahin, ein einheitliches China herzustellen. Alle Beziehungen zur dritten Internationale würden abgewiesen werden.

Im Bereich der Nordregierung, zu Peking, sind gegen 100 Russen verhaftet worden. Nach Durchsuhung wurden sie wieder entlassen, da sich der russische Konsul dafür eingesetzt hatte.

## Eine Niederlage der Südmarmee.

Schanghai, 17. November.

An der Eisenbahn Tientsin—Pukau nördlich von Ringtuang kam es zu erbitterten Kämpfen. 100 Schwerverwundete sind in Kanton eingetroffen. Eine 60 000 Mann starke Südmarmee unter General Hoangtsching hatte die Streitkräfte General Suntschuanfangs auf breiter Front angegriffen, wurde aber in der Richtung auf Ringtuang zurückgeworfen. Ihre Verluste sind sehr hoch, besonders hat sie unter Maschinengewehrfireur zu leiden gehabt. Die Nordtruppen haben die Verfolgung des geschlagenen Feindes unterlassen. Infolge der Niederlage mußten alle in Kanton stehenden Reserven der Südmarmee zur Front entsandt werden.

## Schwerverbrecher Kirsch festgenommen

Durch seine Tötung verraten.

Eine überraschende Wendung nahmen die Ermittlungen, die über zwei am Duffag in Beelitz festgenommene Einbrecher angehängt wurden. Beide waren nach einem Einbruchversuch in das Stationsgebäude Beelitz, wo sie überrascht und gefesselt wurden, auf der Station Beelitz festgenommen worden. Nach einem längeren Verhör blieben sie dabei, Müller und Wiese zu heißen. Beide machten über ihre Person möglichst harmlose Angaben. Im Gegensatz dazu stand das schwere Einbruchswerkzeug, das sie mit sich führten. Schließlich wurde Müller aber als der berühmte Franz Kirsch erkannt. Nicht nur das Signalment des Fahndungsausschreibens der Berliner Kriminalpolizei traf auf ihn zu, sondern ganz sicher wurde man, als man an seinem Körper die bekannten Tätowierungen entdeckte. Er leugnete dann auch nicht mehr.

Kirsch, der vor einigen Wochen aus einem fahrenden Transportzug kurz vor Nauen entsprungen war, nachdem er den Boden seines Abteils durchstößt hatte, gibt an, daß er sich in der letzten Zeit nur noch in den entferntesten Vororten Berlins aufhalten konnte, da er durch die Polizei „zu sehr gehetzt“ worden war. Jeden zweiten Tag mußte er sein Quartier wechseln. Es scheint aber, als ob er in den letzten Tagen in Beelitz, einer Ortschaft in der Nähe von Beelitz, ein Unterkommen gefunden habe. Von hier aus hat er mit seinen Komplizen die Stationskassen Exleben und Genthin heimgesucht. Mit seinem Freunde, der immer noch Wiese heißen will, wurde er, schwer gefesselt, von Landjägern und Beamten der Eisenbahnüberwachung Magdeburg in das Amtsgericht Potsdam eingeliefert.

Vorlegung sämtlicher neuen Staatsverträge Frankreichs zur Billigung durch das Parlament zu beantragen, hat die sozialistische Kammerfraktion beschlossen.

Imlei Russel, seit 1912 Sultan von Marokko, aber nur von Frankreichs Gnaden, ist in Rabat gestorben.

Der Sowjetbotschafter in Tokio, Alexander Trojanowski, Vorsitzender der Direktion des staatlichen Export- und Importbüros im Handelskommissariat, ist zum Sowjetbotschafter in Japan ernannt worden.



Im Lärm aufgeflogen!

Eine skandalöse Stadtverordnetenversammlung: Falch von der Deutschen Volkspartei tritt Frauenehre mit Füßen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung erlebte gestern einen skandalösen Austritt, den wieder einmal der Deutschen Volkspartei gehörende Herr Falch durch sein provozierendes Benehmen herbeiführte. In der Debatte über die nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten...

Zu Beginn der Sitzung sagte der Syndikus, Genosse Lange, in Beantwortung einer Anfrage zu, daß die Schulhausmeister, die kleine Reparaturen ausführen, in Zukunft in die Gehaltsgruppe 5 eingruppiert werden sollen.

Bebauung des Scheunenviertels.

Der Magistrat wurde gefragt, warum die seit langem festgelegten Bebauungspläne noch nicht verwirklicht seien. Stadtbaurat Genosse Dr. Wagner erklärte, daß die für die Bebauung besonders in Frage kommende Baufirma Schrobsdorff in neuerer Zeit mit Anträgen auf Gewährung von Mitteln aus der Hauszinssteuer...

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Stadtverordnete Frau Hoffmann-Gwinner (RPD) erklärte die beschlossenen Maßnahmen (Abschluß von Verträgen mit der Berliner Herzstiftung und dem Apothekerverein) für eine wirkliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ungeeignet, da sie in der Hauptfrage den Arztorganisationen diene.

besten geholfen werden in müßergültig eingerichteten Behandlungs- und Beratungsstellen. Eine von der kommunistischen Fraktion geforderte Zwangsbehandlung geschlechtskranker Erkrankter bezeichnete Genossin Frankenthal als eine neue Reglementierung...

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei den im Fraktionstempel Stellen des Reiches bzw. des Staates darauf hinzuwirken, daß der Stadt Berlin die Mittel zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zur Verfügung gestellt werden.“

Von der Deutschen Volkspartei sprach Dr. Falch zu der Vorlage. Er polemisierte gegen die Rednerin der kommunistischen Fraktion und unterzog die Behauptungen der Frau Hoffmann-Gwinner, die diese mit Bezug auf die Ärzteschaft und die Schuld der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten gemacht hatte, einer Kritik.

wenn Dr. Falch spricht, gibts Krach!

Zu Frau Hoffmann-Gwinner wendet, sagt Dr. Falch: „Wollen Sie wirklich nachspüren, wo die Dinge weniger sauber sind? Ich schlage vor, daß eine solche Prüfung nicht stattfindet. Denn derjenige, der stets meint, daß bei der Gegenpartei alles im argen liegt, muß doch besonders gute Kenntnisse auf dem Gebiete gesammelt haben.“

Professsturm

aus. Viele Mitglieder der Fraktion eilen auf die Rednertribüne; heftige Pfuirufe, Drohungen, Rufe: „Prooofatur!!!“ „Wir sind doch nicht im Offiziersklub!“ „Wollen Sie das zurücknehmen?“ schallen durch den Saal. Das heftige Protestieren hindert Dr. Falch am Weiterreden, der Verhandlungsleiter, Vorsteherstellvertreter Reiter (Dem.) schwingt unausgesetzt die Glocke, kann sich aber nicht durchsetzen.

Nach Wiedereöffnung der Sitzung gibt Vorsteherstellvertreter Caspari dem Dr. Falch das Wort „zur Fortsetzung seiner Rede“. Sofort protestierten die Kommunisten aufs neue, indem sie dem Vorsteher zurufen, daß Dr. Falch nicht mehr zu reden hätte. Stadtbaurat Lange (Komm.) ruft: „Er hat sich zu entschuldigen, sonst nichts!“

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Durch die anhaltende Erwerbslosigkeit und die damit verbundene Notlage besteht in vielen Familien nicht die Möglichkeit, ihre Kinder zum bevorstehenden Weihnachtsfeste zu beschenken. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht daher den Magistrat, den Bezirken Mittel zu bewilligen zwecks Bescherung bedürftiger Kinder...

Wo sind die 10 000 Mark geblieben?

Der Fall des Kassenboten S.

Eine dunkle Angelegenheit: Wo war das Geld geblieben? Hatte der Kassenbote S. sich die 10 000 Mark angeeignet oder waren sie ihm gestohlen worden? Mit absoluter Bestimmtheit konnte darüber nur S. selbst Auskunft geben. Außer ihm vielleicht noch ein Mensch: der Dieb, nämlich wenn überhaupt ein solcher hier seine Hände im Spiel gehabt hätte.

Die entscheidende Frage ist dieser dunklen Angelegenheit war: hatte man durch den Riß in der Aktentasche — die auffentartige Gewandtheit des Diebes vorausgesetzt — die 10 000 M. entnehmen können oder nicht? Der Kriminalbeamte, der im Gerichtssaal den Dieb demonstrieren mußte, brachte dies auch ohne auffentartige Gewandtheit fertig. Zwar erklärte der Leiter der Abteilung für Taschendiebstahl, daß S. unmöglich bestohlen sein könne, das Gericht sprach ihn aber doch frei.

Da, wo waren sie geblieben? Das war die Frage! Weder R. noch S. hatten unterwegs etwas Verdächtigendes gemerkt. Natürlich waren sie beide die ganze Zeit zusammengekommen. Lautete nicht etwa so die Vorlesung und hatten sie nicht etwa an der Ecke Charlottenstraße verabredet, in der Bank nicht zu sagen, daß sie vor schrittswidrig gehandelt hätten?

Die Polizei, diese ewig nichtläufige Institution, wollte an den Diebstahl nicht glauben und verhaftete S. Deshalb hatte er verschwiegen, daß er sich unterwegs von R. getrennt hatte? Und weshalb hatte er diesen nach der Beerdigung geschickt? Die Sache schien sehr verdächtig.

Der Volkshor Olen, 11325, veranstaltet am Sonnabend, 19. Nov., pünktlich 8 Uhr, in der Schulanla, Frankfurtstr. 37, einen „Kunst- und Theaterabend“.

41) Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

„Kommt doch her, Feterchen... ich führe euch nicht ins Heim... Nehmt euch lieber ein Stück Brot... Seid Ihr aber eine selbe Bande!“ Die Tante ist so lustig und freundlich (wenn nur das rote Tuch nicht wäre) und das Brot ist golden und schmeckt so gut wie Honig.

mit. Sollten wir nicht vielleicht ein paar Kottkavalleristen mitnehmen? Dascha sah ihn an — hatte Badjin am Ende selber Angst? Aber sie merkte nichts: sein Gesicht war unbeweglich und hart wie immer — ein Bronzegesicht.

glichen einander. Und dieses Lachen beunruhigte Dascha in seltsam-dunkler Weise immer wieder. Die Stadt war schon hinter ihnen. Sie fuhren durch ein Tal, links waren Weidenberge, rechts Wald, noch nackt und grau und neblig, und die aufgeplanzten Knospen bedeckten wie mit Spinnweben die Bäume.

(Fortsetzung folgt.)





# Sport.

## Der BDR zum Fall Lude.

Vor einigen Tagen meldeten mehrere Blätter, daß der Direktor der Olympia-Reise, Willi Lude, eine Geldstrafe von 1000 Mark erhalten habe. Er soll an einem Berrage mit dem bekannten französischen Dauerfahrer Brunier einseitige Zuerkennungen vorgenommen haben, um sich seinen finanziellen Verpflichtungen zu entziehen. Dazu erklärt der Verein Deutscher Radrennbahnen eine Erklärung, in der es u. a. heißt, daß die oben angeführte Mitteilung „von privater Seite aus in die Welt gesetzt worden“ wäre. „Gegen Herrn Lude“, so heißt es weiter, „liegt bis

heute keine rechtsgültige Bestrafung durch die Sportbehörde vor.“ Im Laufe der gestrigen Tages teilte der Vorsitzende des BDR, Otto Hannover, nach folgendem Nachsatz mit: „Ein Antrag auf Bestrafung unseres Mitgliedes Lude liegt von keiner Seite vor.“

Soweit die Erklärung des BDR, die keine Erklärung ist! Hat der BDR die Absicht, diese Angelegenheit ins Reine zu bringen, so kann das am allerwenigsten durch eine Mitteilung geschehen, die auf die Entstehungsurache der oben angeführten Beschuldigung gegen Herrn Lude überhaupt nicht eingeht. Das nachzuholen ist Pflicht des BDR.

**Kennfahrerverein.** Die Deutsche Kennfahrervereinigung ladet ihre Mitglieder und Freunde zu einem Winterfest, das mit Kabarett,

Ball und Tombola am Sonnabend, dem 19. November, abends 8 Uhr, in den Räumlichkeiten des Berliner Sportpalastes stattfindet. Eintrittskarten sind im Sportpalast, Potsdamer Str. 72/73a, Verlag Gadebell, Kommandantenstr. 65, und in den Sportgeschäften: Erich Ueberberg, Reußstr. 17, Friedl. Komp. GmbH, Schöneberg, Tempelhofer Str. 18, F. Schmidt, Roabit, Stromstr. 66, erhältlich. Der Ueberberg des Festes liegt der Unterbringungskasse der Kennfahrer zu.

**Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend** (Nachdr. nach.) Wetterhin ziemlich trübe bei Temperaturen um Null. Unbedeutende Schneefälle, leichte südöstliche Winde. — Für Deutschland: Nur im äußersten Westen ziemlich mild, sonst mäßig Temperaturen um Null, besonders im Osten etwas Schnee.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
**Achtung! Bauanschläger Achtung!**  
Sente, Freitag, den 18. November, abends 7 Uhr, im Verbandshaus, Cinenstraße 63/65

**Branchenversammlung der Bauanschläger.**  
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu unserer Streikbewegung. 2. Diskussion.  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, zeitlich die Versammlung zu besuchen. Kein Zutritt ohne Einladung.

**Gitarrenform u. Berufsgenossen!**  
Sente, Freitag, den 18. November, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshaus, Cinenstraße 63/65.  
**Außerordentliche Vertrauensmännertagung.**  
Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr, in den „Müller-Idyllen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31

**Branchenversammlung der Eisen-, Revolverdreh- und -dreherinnen sowie Rundschleifer.**  
Tagesordnung: 1. Schlichtungsmittel und Streikrecht. Referent: Kollege Gendel. 2. Branchenangelegenheiten.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Pünktliches Erscheinen wird erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Jugendfunktionär-Kursus für jugendliche Vertrauensleute!**  
Morgen, Sonnabend, 19. November, abends 7 Uhr, im Verbandshaus, Cinenstraße 63/65.

**Zweiter Vortragsabend in unserem Funktionär-Kursus.**  
Es spricht der Kollege Otto Blatz über: „Der Deutsche Metallarbeiter-Berand von fernem Bekleben, seinen Kämpfen, Aufgaben und Zielen.“  
Die Betriebsräte und älteren Kollegen werden gebeten, die jugendl. Vertrauensleute hierauf aufmerksam zu machen und dieselben zum Besuch anzubitten.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.  
Die Jugendkommission.

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-37  
8 U. Ende 11 U.

**Corothen Angermann**  
v. Gerh. Hauptmann  
wie: Max Reinhardt  
**Kammerspiele**  
Norden 10334-37  
7 3/4 Uhr:  
Ende nach 10 Uhr.  
„Maya“  
Regie: Gaston Bary

**Die Komödie**  
Bismarck 2414/7516  
8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2  
**Zinsen**  
Komödie  
von Bernard Shaw

**Piscatorbühne**  
West. u. Nollendorfsplatz  
Kurfürst 2091/93  
Täglich 8 Uhr  
**Das Spiel, die Romanovs, der Krieg und das Volk,**  
das gegen sie aufstand  
von Alexey Tolstoj und Schtschegolew  
insc. Erwin Piscator  
Tägl. 12 Uhr Nachts  
Wiederauftreten der „Blauen Blasen“

**Wald-Theater**  
Dts. Künstler-Th  
Heute geschlossen  
Morgen 7 1/2 Uhr  
**Premiere Chicago**  
Lessing-Theater  
8 Uhr  
**Schinderhannes**

**Neues Theater am Zoo**  
Täglich 8 Uhr  
**Die Hotelratte**  
Operette v. Bromme  
wie: Reinhold

**Theater, Lichtspiele usw.**

Freitag, 18. 11. 27 <b>Staats-Oper</b> Am Pl. d. Republ. Geschlossen!	Freitag, 18. 11. 27 <b>Städtische Oper</b> Blattenerstr. D.-Ins. IV. 10. 7 1/2 <b>Orpheus u. Eurydike</b>
Städt. Schauspiel. im Sommermarkt Ant. 7 Uhr. <b>Figaros Hochzeit</b>	Städt. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr <b>Herodes und Marianne</b>

**Volksbühne**  
Theater am Mühlentor Th. am Schiffbauerdamm  
7 1/2 Uhr  
**Peer Gynt** **Schieber des Ruhms**

**84 Komische Oper 84**  
Neuartiges Revue-Stück  
**Alles Nackt!**  
(Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu“). 200 Mitwirkende.  
Original-Pariser Kostüme  
Parkett 2,50 Mk.  
Theaterkasse ununterbr. geöffnet

**Planetarium am Zoo**  
Verlei. Juchaczkaer Str. 10/11, 1574  
Der Sternhimmelsatlas der Reise von Berlin nach dem Äquator  
Vorführungen  
4 1/2, 6, 7 1/2, 9 Uhr.  
Eintritt 1 M.  
Ende um 11 Uhr 15 Min.

**Metropol-Operettenhaus**  
Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Paganini**  
Operette von Franz Lehár.  
wie: Eduard Uch. mit ein. Lucie Kornemann, etc.  
wie: Arthur Hüb. u. a.

**Renaissance-Theater**  
Steinplatz 90  
Täglich 8 Uhr:  
**Giovanni u. Annabella**

**5. Woche**  
**Die große Parade**  
Metro-Guidwyn-Mayer-Film der Paramount  
Der Film gelangt in diesem Jahre in deutsch- und in keinem anderen Lichtspieltheater zur Vorführung.  
Wochentags: 7 1/2  
Sonnabend: 8 1/2  
Totensonntag: 9 1/2  
Ufa-Theater Kurfürstendamm 26

**CASINO-THEATER**  
Lothringersstraße 37.  
Nur noch wenige Aufführungen!  
**Die Paula vom Metropol.**  
Ausscheiden: Gutschein 1-4 Pers. Paulette! nur 1,10 Mk., Sessel nur 1,50 Mk.

**Wintergarten**  
Variete  
Räucher gestaffelt  
Fleite der deutsche Raffell  
Dayel u. Balleit m. D. Campson  
Waldoff-Peukert: Boxkamm!

**Reichshallen-Theater**  
8 Uhr:  
**Stettiner Sänger**  
Zum 150. Male  
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.  
**Dönhoff-Brettli**  
Varieté, Konzert, Tanz

**Eine fluge Hausfrau wied kein Geld für Butter unnötig ausgeben, wenn sie gleiche Nährwerte und gleichen Wohlgeschmack so billig erhalten kann wie in Feinstmargarine:**

**Blauband**  
frisch gebrüt

1/2 Pfund 50 Pfennig.

**Asta Nielsen**  
**Das gefährliche Alter**  
Ein Film nach dem berühmten Roman von Karin Michaelis mit  
Bernhard Goetzke  
Lucie Höflich  
Maria Paudler  
Trude Hesterberg  
Walther Rilla  
H. A. v. Schlettow  
Manuskript: B. E. L. S. H. G.  
Regie: Eugen Jilás  
D. L. S. - Film der Jilás-Produktion  
Wochentags 7 1/2  
Totensonntag 9 1/2  
Ufa-Palast am Zoo

**Grosses Schauspielhaus.**  
Tägl. 11 Ende 11 U.  
**DER MIKADO**  
Die neue CHARELL-Inszenierung mit  
Max Pallenberg  
Rita Georg  
Bendow  
Jankuhn  
Szöke Szakall  
Werke ster Westermeyer  
Jackson Boys  
Sunshine Girls  
Aust. Prof. Stern  
Dirig. Dr. Römer  
Mittw., Sonnab., Sonntag  
nachmitt. 3 Uhr  
Werner Krauß in Guckensau.  
Kleine Preise.  
Vorverkauf 10-6 Uhr

**Theater des Westens**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Gespielt Kammersänger  
Hermann Jadowker  
in  
**Frasquita**  
Operette von Lehár  
wie: Maria Lask,  
Laskow, Jadowker und Gendel  
**Trianon-Th.**  
Tägl. 8 1/2 Uhr:  
Erika Glässer  
in  
**Griechen**  
Für Jugendliche nicht geeignet.  
Sonntag nachm. 4 U.  
Hönnel u. Grotel  
u. Kaserle-Theater

**Residenz-Theater**  
Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Sumpf**  
Sittendrama i. 3 Akt.  
Sonnab. u. Stg. 4 Uhr  
Schneewittchen

**Th. im Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**HALLER-REVUE**  
„Wann und wo!“  
Eines  
**gesunden Schlaf**  
und damit eine Kräftigung des ganzen Nervensystems erzielen Sie nur durch den echten  
**„Baldravin“**  
Patentamt. gesch. unter Nr. 342688.  
Er enthält skott. Extraktstoffe d. Baldrian-Wurzel in kräftigen Süßweins gelöst. Alle Nachahmungen, die als ebenbürtig angeboten werden, weisen sich als falsch zurück. Zu haben in Apotheken und Drogerien.  
Hersteller: Otto Stumpf & Co. Chemnitz.

**Theater am Kottbuser Tor**  
Kottbuser Straße 6.  
Täglich 8 U. u. Sonntag nachm. 3 U.  
**Elite-Sänger**  
im großen  
Novemberprogramm  
Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M.  
Sonntag nachmittags:  
**Große Familien-Vorstellung**  
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.

**Thalia-Theater**  
8 1/2 Uhr:  
**Der rote Hahn**  
Lustspielhaus  
8 1/2 Uhr  
Zimmer No. 13'

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr:  
**Charleys Tante**  
**Inferate im Vorwärts**  
sichern Erfolg!

**Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein**  
Sonntag, 20. November (Totensonntag)  
vormittags 10 Uhr  
im Mozartsaal, am Nollendorfsplatz  
**Lichtbildervortrag**  
**Über die Interiype**  
Referent: Kollege M. Hartmann  
Die Vorstände der übrigen Sparten sind hierzu freundlichst eingeladen.  
Vollständiges Erscheinen erwartet  
Ausweise mitbringen Der Vorstand

**Wöch. Teilzahlung**  
Eleg. Herren- u. Damen-Moden  
fertig und nach Maß  
zu außergewöhnlich billigen Preisen  
Garantie f. guten Sitz u. gute Verarbeitung  
**Julius Fabian**  
Hahnschneider  
Große Frankfurter Str. 37  
Kein Laden! Nur II. Etage!  
Bitte genau auf Straße und Hausnummer zu achten!

**Komplettgerichtet-Radio-Anlagen**  
25 Röhren  
Apparate  
mit  
Lautsprecher  
-FABRIKATE  
Nur 3 Mk. wöchentlich  
7,50  
Sprechapparate von 1.50 M. wöchentlich  
**SHERLOCK-GESELLSCHAFT m.b.H., BERLIN**  
Hackescher Markt 2-3 I. Telefon Norden 791-304

**100 Löwen**  
Geheilter Winterholzbau.  
**CIRCUS** Kapellen  
Schneider  
NW, Wullenweberstr., 1. Hbf. 421  
Tägl. 8 Uhr, Sonnab., Sonntag nach 3 Uhr.  
Tägl. ab 10 Uhr.  
Tierschau, Proben, Raubtierfüt.





## Große Schwankungen des Güterverkehrs.

Der Güterverkehr der Reichsbahn zeigt in den letzten Wochen sehr große Schwankungen. In der Woche zum 5. November ist die arbeitsfähige Wagenstellung gegenüber der Vormwoche wieder von 172.500 auf 161.800 zurückgegangen.

Tabellarische Uebersicht seit September (in 1000 Stück)

Woche	wöchentlich	durchschnittlich pro Arbeitstag
23. 8. — 3. 9.	1927	1926
23. 8. — 3. 9.	918,4	824,6
4. 9. — 10. 9.	828,0	824,3
11. 9. — 17. 9.	947,8	842,2
18. 9. — 24. 9.	951,3	848,1
25. 9. — 1. 10.	980,0	859,3
2. 10. — 8. 10.	952,8	880,3
9. 10. — 15. 10.	1007,8	901,9
16. 10. — 22. 10.	998,5	931,4
23. 10. — 29. 10.	1034,9	950,0
30. 10. — 5. 11.	970,8	900,3

Das ist für eine Woche die stärkste Schwankung, die seit Monaten festzustellen war. Wie weit der Rückgang für die Konjunktur von Bedeutung ist — er könnte sich nämlich auch rein saisonmäßig erklären —, müssen die nächsten Wochen erst zeigen.

Der Oktoberbericht der Reichsbahn meldet für den Monat September Einnahmen im Gesamtbetrag von 435,64 Millionen. Für Betrieb und Unterhaltung wurden 295,75, für Erneuerung 85,20, für den Reparationsdienst 55,0, für Rückstellungen an die Ausgleichsmitlage 8,71, für weitere Rückstellungen 10,90 Millionen verausgabt. Die September-Einnahmen blieben im ganzen um 36 Millionen hinter den August-Einnahmen zurück. Für Neuanlagen wurden im September 48,2 Millionen Mark aufgewendet. In dem Bericht wird mitgeteilt, daß für die Erweiterung der Anlagen nicht nur die vorjährige „Rückstellung für Arbeitsbeschaffung“, sondern auch der Vortrag aus dem Jahre 1926 herangezogen werden mußten. Diese Finanzierung sei nur vorübergehend möglich, aber notwendig geworden, da sich die Arbeit nicht vermehren lasse, durch Ausgabe von Vorkursaktien Gelder zu beschaffen. Bei den glänzenden Einnahmen der Reichsbahn ist die Bemerkung sehr dunkel, wonach aus laufenden Einnahmen Aufwendungen für werdende Anlagen beschafft werden müßten.

Der österreichische Metalltrust nimmt seine Tätigkeit auf. Die aus einem Zusammenschluß der fünf größten österreichischen Metallunternehmen entstandene Vereinigte Oesterreichische Metallwerke A. G. beginnt jetzt ihre Tätigkeit. Diese besteht zunächst in umfangreichen völligen oder teilweisen Stilllegungen verschiedener Messing- und Kupferwerke, denn von sämtlichen Betrieben sollen zunächst nur vier Werke voll arbeiten. Die Gründung dieses Trusts ist auf das Drängen des Deutschen Röntgen-Konzerns zurückzuführen, der als führender Rohstofflieferant in der österreichischen Metallindustrie großen Einfluß besitzt und sich auch in dem neuen Trust die Führung gesichert hat. Da einige Großunternehmen, die Berndorfer Kruppwerke und die Enzesfelder Metallwerke, sich der neuen Gesellschaft bisher noch nicht angeschlossen haben, Verhandlungen aber bereits im Gange sind, so kann mit weiteren Zusammenschlüssen gerechnet werden. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 6 Millionen Schilling.

Gründung einer neuen Warenhausaktiengesellschaft. Von einem Bankentwurf unter Führung des Bankhauses Schlesinger, Trier u. Co. ist eine deutsche Warenhausaktiengesellschaft gegründet worden. Das Aktienkapital beträgt 12 Millionen Mark. Das neue Unternehmen ist zum gemeinsamen Einkauf eine Interessengemeinschaft mit dem Pariser Kaufhaus Galeries Lafayette eingegangen. Die Aktienmehrheit wird in deutschen Händen liegen.

## Die Aussperrung der Zigarrenmacher.

Rund 110 000 Arbeiter ausgesperrt.

Nach einer Mitteilung des Reichsverbandes der deutschen Zigarrenhersteller ist die Aussperrung in den Zigarrenfabriken in allen Teilen des Reiches durchgeführt worden, so daß bisher rund 110 000 Arbeiter ausgesperrt und rund 1350 Firmen stillgelegt sind.

In Oberbaden haben eine ganze Anzahl Zigarrenfirmen die Absicht, dem Aussperrungsbeschuß des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller keine Folge zu leisten. Bis jetzt haben nur wenige Fabriken die Kündigung ausgesprochen. Die Schweizer-Stumpen-Fabriken haben sämtlich nicht gekündigt.

Die Haltung der Zigarrenhersteller in Oberbaden zeigt mehr als deutlich, daß die Aussperrung schon jetzt glatt fiasko gemacht hätte, wenn nicht der Reichsverband mit schärfstem Terror gegen die Zigarrenfabrikanten vorgehen würde.

## Vom westdeutschen Kanalschifferstreik.

Eine Konferenz der Leiter des Streiks in der westdeutschen Kanalschiffahrt trat am Mittwoch in Münster zusammen. In geschlossener Sitzung wurden über die weiter anzuwendende Taktik verschiedene Beschlüsse einstimmig gefaßt. Ueber die bisherigen Kampfmaßnahmen herrscht zwischen Streikleitung, Organisationen und Streikenden volle Einmütigkeit. Bekanntgegeben wurde u. a., daß kleinere Reederei bei der zentralen Streikleitung die Aufhebung des Streiks für ihre Fahrzeuge herbeizuführen versuchten. Sie boten nicht nur die Erfüllung der Forderungen, sondern sogar den Rhein-Lohn an, wobei zu beachten ist, daß die Kanalmatrosen heute 3,35 Mark, die Rhein-Matrosen 7,16 Mark Tagelohn haben. Es ist kein Geheimnis, daß die Arbeitgeber nur unter dem Terror der Westfälischen Transport-A. G., der großen Kanalreederei, zusammenhalten.

## Inseratenmarodeure.

Betrügerische Vorspiegelungen.

Der Ortsausschuß Groß-Berlin des ADGB teilt uns mit: Die Akquisiteure der „Welt am Abend“ und der „Roten Fahne“ wenden zur Eintreibung von Inseratenabonnenten Methoden an, die auf keinen Fall mit der Moral der Arbeiterpresse in Einklang zu bringen sind. Bei kleinen Gastwirten kommen folgende Schwindelmanöver zur Anwendung:

Es kommen ein oder zwei Herren, die mit der nötigen Bedeutung sagen: „Hören Sie mal, es soll hier bei Ihnen von der Gewerkschaft eine Zahlstelle errichtet werden. Als Gegenleistung müssen Sie sich aber verpflichten, in der „Welt am Abend“ ein Jahresabonnement einzugehen.“ Dann wird ein Vertrag vorgelegt, nach dem für das Jahr 156 M. zu zahlen sind. Das wird so geschickt gemacht, daß man sich zunächst mit 6 M. Teilzahlung begnügt.

Nachher lauert der Gastwirt auf die Einrichtung einer Zahlstelle, die gar nicht beabsichtigt war. Statt dessen kommt die nächste Zahlkarte mit der Aufforderung zu zahlen.

Es muß an dieser Stelle dringend vor solchen Schwindelmanövern gewarnt werden, denn die Gewerkschaften, die in ihren Zahlstellen und Branchen selbständig ge-

gliedert sind, haben mit derartigen Dingen nicht das geringste zu schaffen. Zahlstellen der Gewerkschaften werden nur durch diese selbst eingerichtet.

In Bäckerei-, Schlächter- oder sonstigen Geschäften wendet man Methoden an, die nicht minder verwerflich sind. Weigert sich aber ein Geschäftsmann, so kommt die Drohung, daß man dann den betreffenden Geschäftsinhaber als „arbeiterfeindlich“ der Arbeitererschaft bekanntgeben werde usw. Das ist besonders bei der „Roten Fahne“ der Fall. Die Gewerkschaften haben bereits vor solchen Manövern gewarnt. Vergeblich. Wenn dieser Unfug, der die Arbeiterbewegung diskreditiert, nicht aufhört, werden die Gewerkschaften die Verantwortlichen zu anderen Methoden zwingen.

## Einheit — nicht „Einheit“.

Fimmen „terrorisiert“.

Der Sekretär der Transportarbeiter-Internationale, Edo Fimmen, erklärte, wie uns aus Amsterdam gemeldet wird, anlässlich einer Konferenz der Schriftleitung des halbkommunistischen Blattes „Einheit“, daß er die Redaktion dieses Organs mit dem Ablauf dieses Jahres niederlegen werde, da der Generatrat der Transportarbeiter-Internationale ihn vor die Alternative gestellt habe, sich entweder von der „Einheit“ zurückzuziehen oder auf seine Tätigkeit als Sekretär in der Internationale zu verzichten.

Fimmen mußte ohnedies wissen, daß man nicht zweu Herren dienen kann, daß man der Einheit schadet, wenn man eine „Einheit“ redigiert.

## Vom Sieben- zum Achtfundentag zurück.

Im Bergbau Spaniens.

AB. Auf Grund eines neuen Erlasses besteht ab 1. Oktober d. J. im Bergbau unter Tag und über Tag die achtfundentägige Arbeitszeit. Bei der Arbeit unter Tag wird die Ein- und Ausfuhr als Arbeitszeit gerechnet.

Bereits im Jahre 1919 wurde für die Arbeiter im Bergbau unter Tage der Siebenfundentag eingeführt. Die Rückkehr zum Achtfundentag wurde mit der tatsächlich schlechten Wirtschaftslage des spanischen Bergbaues begründet. Die spanischen Bergarbeiter haben am 10. Oktober nach eingehenden Beratungen beschlossen, dem Erlass zuzustimmen.

## Sie fühlen sich nach dem Essen wohl,

gleichwohl, wie sehr Sie an Verdauungsstörungen, Säurebildung oder Dyspepsie leiden mögen. Sie können sich fast sicher Erleichterung Ihrer Beschwerden nach dem Essen verschaffen, wenn Sie nur einfach einen halben Teelöffel voll Biserierte Magnesia in etwas warmem Wasser nach jeder Mahlzeit einnehmen. Biserierte Magnesia ist kein unbekanntes Mittel, es hat sich während einer Reihe von Jahren bewährt und in dieser Zeit Tausenden Erleichterung verschafft, selbst nachdem manches andere versagt hat. Es liegt also kein Grund vor, weshalb es nicht das Beste für Sie tun sollte. Sein fortgesetzter Erfolg hat Vertrauen in seinen Wert erweckt. Besorgen Sie sich nach heute eine Flasche Biserierte Magnesia aus der Apotheke, nehmen Sie eine Dosis nach Vorschrift nach Ihrer nächsten Mahlzeit ein und beobachten Sie, wie viel besser Sie sich fühlen. Wichtig! Hüten Sie sich vor Nachahmungen und bestehen Sie darauf, nur die echte Biserierte Magnesia zu erhalten, die den Namen Bismag Ltd. London trägt.

**Fleisch von Ochsen, Kalb, Hammel, Schwein  
Kauf beim Fleischermeister ein!**

**WERBEOCHE  
DES GROSS-BERLINER  
LADENFLEISCHERGEWERBES**

Werbewoche des Groß-Berliner Ladenfleischergewerbes vom 21.—26. November 1927

**Hausfrau, folge unser'm Rat! — — Achte auf das Tierplakat!!**

**Das große  
Preisrätsel**

anlässlich der Werbewoche des Berliner Laden-Fleischergewerbes bringt

**1 lebenden Ochsen, 1 lebendes Schwein, 1 lebendes Kalb,  
1 leb. Hammel u. viele 100 Gewinne an Braten u. Würsten**

Verlangen Sie in der kommenden Woche von Ihrem Fleischermeister unser Plakat „Werbewoche“!

**Denn es wartet mancher Braten — auf die Frau'n, die richtig raten!**

**ALLES HAT SEINEN GRUND**

auch der gute Ruf der  
**MERCEDES-SCHUHE**  
schön-gut-preiswert

**MERCEDES**

**Trotz mehrmonatlichem Kredit**

zahlen Sie bei uns keine höheren Preise wie in anderen Geschäften, wo Sie nur gegen Barzahlung kaufen können

**Kommen Sie und überzeugen Sie sich**

**Ulster** neueste Farben und Macharten, gute Qualitäten, in eleganter Verarbeitung. 93.-, 82.-, 70.-, 64.-, 49.- **35<sup>00</sup>**

**Paletots** Rodt-Paletots, in schwarz und maroneo, mit u. oh. Samtkragen 95.-, 78.-, 64.-, 47.- **29<sup>50</sup>**

**Anzüge** moderne Macharten, aus guten Cheviot- und Kammgarnstoffen, I- u. II-reihig, in la Ausführung . . . 97.-, 84.-, 72.-, 58.-, 45.- **22<sup>00</sup>**

**Smoking, Frack- u. Tanzanzüge, Hosen**

**Erdmann & Co., Oranienstraße 48**

**Besichtigen Sie unsere 6 Schaufenster**



Die  
**NOUVEAU**  
**RARITÄT**

IM ORIENT-FACON

*In moderner blauer Packung  
Vorbildlich in der Qualität  
Ein neuer Beweis  
für unsere Überlegenheit.*

*Es liegt am Tabak  
Darum sind Halpaus-Cigaretten  
besonders gut.*



**DER ORIENT**

ist das bevorzugte Ursprungsland edler Tabake. Mit natürlichem Kennerblick unterscheidet der Orientale die verschiedenen Tabaksorten und ist ein Meister in der richtigen Zusammenstellung etwa 80 verschiedener Arten zu einer abgerundeten Mischung. Umfangreichen Versuchen in dieser Hinsicht und enger Anlehnung an dieses beinahe klassisch zu nennende Vorbild verdankt die neue Rarität im Orient-Fasson ihre weiche mild-aromatische Qualität.

+

ARNALD

*Bitte probieren Sie*

**RARITÄT**

IM ORIENT-FACON

**4 Pf.**







**Jugendlich. Mantel**  
wollger. Velours,  
sehr kleidsam **28.50**  
Wochenrate 1.50

**Ottoman - Mantel**  
in schwarz u.  
marin, halb  
auf Damast  
u. Fischgarn  
Wochenrate 2.-

**Ottoman-Mantel**  
halb auf Da-  
massé mit  
Pelz-Imita-  
tion besetzt  
Wochenrate 2.-

# Das ist unsere Stärke

Preise unvergleichlich  
niedrig, Qualität in  
jeder Beziehung gut,  
Auswahl riesengross  
und auf

**Teil.**  
**Zahlung**  
**IN RATEN**  
**ohne Preisauflschlag**  
Mit diesen 4 Punkten  
werben wir um Sie!



**Ottoman-Mantel**  
feuch. kleids.  
Wickelmant.  
hib. u. Damas.  
Wochenrat. 2.50

**Tanzkleid**  
Crêpe de Chi-  
ne in modern.  
Ballfarben.  
Wochenrate 1.-

**Crêpe de Chine-**  
Kleid, ant. kl.  
kend. jugend-  
liches Modell  
Wochenrat. 1.50

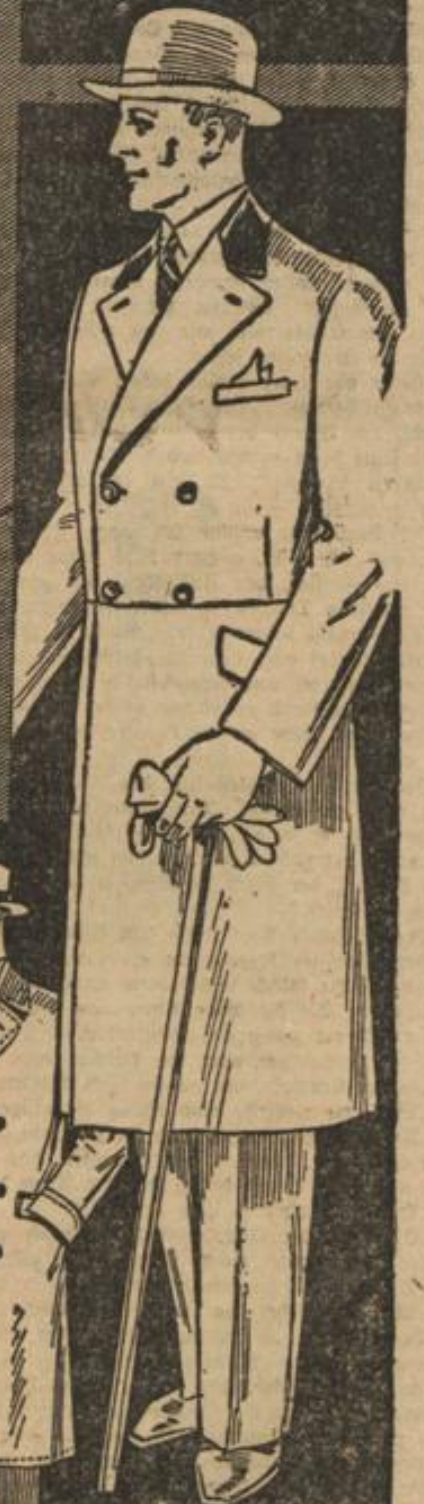


**Eleg. Pelzman tel**  
aus auf reiner  
Selle geü-  
tert **195.-**  
Wochenrate 8.-

**Ve'ours Mantel**  
schwarz reinwoll-ne  
Qualität mit  
Opusum-  
imitation **52.-**  
Wochenrate 3.-

**Gesellschafts - Anzug**  
schwarz Melton, mit  
Borte eing-  
fedt, gut ver-  
arbeitet **62.-**  
Wochenrate 3.50

**Beachten**  
**Sie** unsere neu eingerichteten großen  
Abteilungen für  
**Schuhwaren, Teppiche, Gardinen,**  
Weisswaren, Baumwollwaren, Leib-, Bett- u. Tischwäsche,  
Woll- u. Strickwaren, Trikotagen u. Oberhemden.  
**Unsere 6X vergrößerten Räume**  
(durch Hinzunahme der I. Etage)  
bieten Ihnen einzigdastehende Angebote!



**Gehrock-2a' erol**  
auf Seideweis gefüt-  
tert, exat-  
klineig, Fal-  
form **56.-**  
Wochenrate 3.-



**Herren - Ulster**  
mit Abesie  
gut i. Qualit.  
u. Verarbeit.  
Wochenrate 3.-

**Herren - Ulster**  
dunkelbr.  
stragulier-  
fähig, Qualit.  
Wochenrate 2.-

**KAUFHAUS**  
**Modern**  
IM OSTEN: **IM SÜDEN:**  
Große Frankfurter Str. 101 Kottbuserdamm 72  
(Am Straußberger Pl.) Ecke Lenaufr.  
Nähe Hermannpl.

## Berlin im Städtebaurecht.

Das Städtebaugesetz, das einem Landtagsausschuß zur Vorbereitung überwiesen worden ist, enthält u. a. eine Bestimmung, die für die Stadtgemeinde Berlin von nicht unerheblicher Bedeutung ist. Nach dem heute noch geltenden Fluchtliniengesetz von 1874 bedarf die Festlegung von Fluchtlinien in den Städten Berlin, Charlottenburg und Potsdam der königlichen Genehmigung. Diese Bestimmung hat insbesondere unter dem Regime des verflochtenen Trägers der Krone in Preußen zu den unglaublichsten Ungeheuerlichkeiten

geführt. Auf Grund dieses Gesetzes wurde dem König von Preußen alles mögliche und unmögliche zur Genehmigung vorgelegt. Nicht nur, daß die Benennung von Straßen und Plätzen der königlichen Genehmigung unterbreitet wurde, wurden auch alle häuslichen Änderungen von ihr abhängig gemacht. Wollte Berlin für den Eingang zum Friedhof der Märzgefallenen ein besseres Eingangstor schaffen, scheiterte die Ausführung daran, daß der König die Genehmigung verweigerte. Wollte Berlin aus eigenen Mitteln für die Anwohner des Friedrichshains eine Brunnenanlage errichten, wie beispielsweise den Märchenbrunnen, mengte sich der König ein und verlangte eine Gestaltung, die seinem Willen entsprach. Er war doch „Sachverständiger“ auf allen Gebieten! Es kam in Berlin so weit, daß kein Stein verlegt werden konnte, wenn Wilhelm nicht zugestimmt hatte.

Nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Systems ging das Recht des Königs auf das Staatsministerium über. In dem dem Landtag vorgelegten Städtebaugesetz ist ein § 27 enthalten, der die Feststellung von Fluchtlinienplänen für Berlin der Genehmigung des Staatsministeriums unterwirft. Das Gesetz gibt auch von Bebauungsplänen. Bemerkenswert ist, daß diese Bestimmungen entgegen dem geltenden Recht auch auf die Berlin angrenzenden Gemeinden und Gutsbezirke ausgedehnt werden sollen. Dagegen ist Potsdam nicht mehr genannt, würde also in Zukunft wie andere Gemeinden in Preußen behandelt werden. Die Begründung zum Gesetz sagt, daß in Zukunft nur noch für „neue Bebauungspläne und wesentliche Änderungen staatlich ge-

nehmter Bebauungspläne, wie etwa die Änderung wichtiger Verkehrsflächen, ganzer Wohnviertel usw., und für Beschränkung staatlicher Grundstücke durch Fluchtlinienfestsetzungen“ die staatsministerielle Genehmigung erfordert werden soll. Diese Bestimmungen zeigen, daß

### Berlin unter ein Sonderrecht

gestellt werden soll. Es ist ganz abwegig, dieses Sonderrecht mit dem Hinweis zu begründen, daß Berlin der Hauptsitz der Regierungsgebäude sei. Die allgemeine Praxis ist die, daß bei Festlegung von Fluchtlinien durch die Gemeinde alle Interessenten die Möglichkeit des Einspruchs haben und daß über die Einsprüche die Beschlussbehörde, also der Bezirksausschuß entscheidet. Reichs- und Staatsbehörden haben genau wie der Privatinteressent die Möglichkeit, Einspruch zu erheben, wenn sie glauben, berechtigten Grund zum Einspruch zu haben. Einsprüche müssen nach sachlichen Gründen behandelt werden; nicht die Persönlichkeit oder die Behörde, die Einspruch eingelegt hat, kommt bei der Prüfung des Einspruchs in Frage. In welcher Weise die Einsprüche weiter behandelt werden, ist gesetzlich geregelt.

In der Sitzung des Landtagsausschusses wiesen unsere Genossen darauf hin, daß auf dem Gebiete des Fluchtlinienwesens alles dafür spreche, ein beschleunigtes Verfahren durchzuführen und

### überflüssige Instanzen auszuschalten.

Das Genehmigungsrecht des Staatsministeriums für Berlin bedeutet eine Verlangsamung des Verfahrens. In anderen Gemeinden Preußens hat der Staat ebenfalls einzelne Gebäude und Grundstücke. Dort bleibt dem Staat auch nur das Recht wie jedem anderen Privatinteressenten; Berlin dürfe deshalb auch nicht besonders behandelt werden. Ein Beispiel möge hier Platz finden: Berlin setzt eine Fluchtlinie fest, wodurch eine bestimmte Fläche — wir denken hier an die Reheberge, die Eigentum des Fiskus waren — als Freifläche erklärt wird. In anderen Städten muß der Fiskus Einspruch erheben, wenn er mit dieser Festlegung nicht einverstanden ist. In Berlin veranlaßt der Finanzminister einfach einen Staats-

ministerialbeschluss, nach dem die Fluchtlinienfestsetzung nicht genehmigt wird — und das lediglich aus fiskalischen Rücksichten. Unsere Genossen haben bereits bei Beratung der Städteordnung im Plenum des Landtags bei der zweiten Beratung durchgesetzt, daß die Benennung von Straßen und Plätzen in Zukunft durch Ortsräte erfolgen soll, nachdem ein Antrag abgelehnt war, die Benennung von einem Gemeindebeschluss abhängig zu machen, und daß diese Bestimmung auch für Berlin zu gelten hat. Damit ist bereits das

### Genehmigungsrecht des Staatsministeriums zum Teil abgebaut.

Wir verlangten, daß auf diesem Wege nunmehr weitergegangen werden müsse, zumal der Wortlaut des § 27 mit der Begründung nicht im Einklang stehe; schließlich seien Fluchtlinienpläne nicht ohne weiteres identisch mit Bebauungsplänen. Die Regierung wünschte Beibehaltung dieses Sonderrechts für Berlin. Von Vertretern der Volkspartei wurde beantragt, nur die für den historischen Teil des engeren Berlins aufgestellten Bebauungspläne in Zukunft der staatsministeriellen Genehmigung zu unterstellen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag unserer Genossen auf Streichung des ganzen Paragraphen mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, einem Teil des Zentrums und der Kommunisten angenommen. Ob das Städtebaugesetz von diesem Landtag überhaupt verabschiedet werden wird, ist fraglich, immerhin ist der Beschluss für Berlin von symptomatischer Bedeutung.

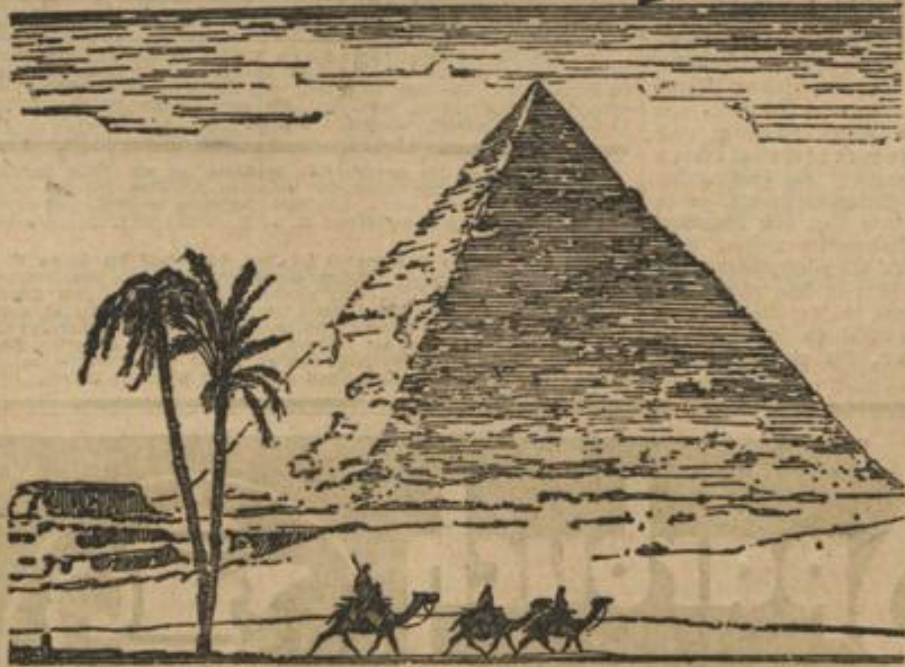
Carl Reid, R. d. V.

### Um den Mieterschutz.

#### Eine Entschließung des Reichsbundes deutscher Mieter.

Der Gesamtvorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. hat zu den Reichstagsverhandlungen zum Mieterschutzgesetz Stellung genommen und folgende Entschließung gefaßt: „Der Gesamtvorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. (Sitz Berlin) stellt mit lebhaftem Bedauern fest, daß sein Appell aus der Magdeburger Tagung vom 10./11. September d. J. hinsichtlich der Aufrechterhaltung und des Ausbaues des Mieterschutzes sowohl seitens der Reichsregierung wie seitens der Regierungsparteien völlig unbeachtet geblieben ist. Die bisherigen Verhandlungen des Wohnungsausschusses des Reichstages haben deutlich gezeigt, daß nur die Demokratische, die Sozial-

# Von den sieben Weltwundern



wußten die Alten viel zu berichten. Jedermann kennt die Pyramiden, vielen sind sie ein großartiges Reiseerlebnis, und selbst ähnliche moderne Wunder, wie die Wolkenkratzer, Hochhäuser und Eiffeltürme kommen nur schwer gegen sie auf.

Was die Pyramiden unter den Kolossalbauten der Welt sind, das ist unsere

## Greiling-Auslese zu 5,-

unter den Zigaretten. Wir bringen mit der Greiling-Auslese eine Qualitätszigarette in der hervorragendsten Mischung aus Samsoun mit mazedonischen Tabaken. Auch die auf rationellste Weise dafür in Anwendung kommende Goldfolie-Packung ist eine Novität und garantiert zugleich für die stete Frische des Inhalts. Mild im Geschmack, von charaktervollstem Aroma, würdig der großen ägyptischen Könige und Pyramidenerbauer, ist diese Zigarette wie geschaffen, dem modernen Raucher unvergleichliche Genüsse zu spenden.

